





Schließlich möchte ich meinen Gegner an das treffende Wort des Aristoteles erinnern, wonach der Staatsmann sein soll: „Erforcher des Seienden, Raucher des Seinsohlenden.“

Darauf haben wir zu erwidern: Erstens. Wir haben nicht die Ueberschrift des st. Artikel des bemängelt, sondern den Inhalt, die Tendenz desselben, die darauf hinausläuft, den Gegensatz zwischen Utopie und Wissenschaft zu vermissen. Daß aus dem bloßen Titel „Wissenschaft und Utopie“ noch nicht schlechtweg auf eine Gleichsetzung beider Begriffe geschlossen werden darf, wissen wir so gut, wie es Genosse st. und jeder Quartaner weiß.

Zweitens. Wir haben deshalb darauf hingewiesen, daß die menschliche Gesellschaft nicht aus simplen Bausteinen, Holz und Mörtele, besteht, um Genosse st. zu zeigen, wie wenig sein Beispiel vom Hausbau auf die Umwandlung der gesellschaftlichen Verhältnisse paßt; d. h. ebenso wenig wie das heut gewählte Beispiel der Reise nach London. Den Bau eines Hauses, eine Reise nach London können wir unter den heutigen Verhältnissen fast mathematisch bestimmen, die Gestaltung der zukünftigen Gesellschaft schon deshalb nicht, weil hier die Bedingungen und Verhältnisse einem steten Wechsel unterworfen sind. An sich ist ja nichts leichter, als den Plan einer vernünftigen sozialistischen Gesellschaftsordnung zu entwerfen, in der alles bis auf Äpfelchen über dem i Vermittelt, bis auf den geringsten Bruchteil ausgeht. Dieses harmlose Vergnügen haben sich im 17. und 18. und noch zu Anfang dieses Jahrhunderts unzählige Gelehrte und Dichter geleistet, und dafür den Beifall der Großen geerntet, so z. B. einer Katharina II.; sollen wir heut, wo der Sozialismus Wissenschaft geworden, auf diese Spielerei zurückverfallen? Wir dächten, unsere Partei hat Besseres zu thun.

Drittens. Der Beweis, „daß die kommunistische Produktion durchführbar ist“ kann wissenschaftlich überhaupt nicht geliefert werden. Was wissenschaftlich bewiesen werden kann, ist die Unhaltbarkeit der heutigen kapitalistischen Produktions- und Austauschweise und die Notwendigkeit einer den veränderten Produktionsbedingungen entsprechenden Gesellschaftsreform. Dieser Beweis und die augenscheinliche Ungerechtigkeit der bestehenden sozialen Verhältnisse genügen, dachten wir, um jedem, der überhaupt begreifen will, die Ueberzeugung von der Berechtigung unserer Bestrebungen beizubringen.

Viertens. Das Verlangen des Genossen st. nach einem „wissenschaftlichen Werk, worin die sozialistische Gesellschaft der Zukunft in Detailzügen entworfen ist“ hat unseres Erachtens das mit dem Anarchismus gemein, daß es, wie dieser, auf Verkenntung der geschichtlichen Bedingungen des Entwicklungsganges der Gesellschaft beruht.

Schließlich. Wir haben in unserem Artikel die von st. in Nr. 20 ausgesprochenen Behauptungen zu widerlegen versucht, und dabei aber sorgfältig jeder Qualifizierung seines Artikels enthalten, obwohl die Art, wie st. den Schlußsätzen des „Neuen Zeit“ zitiert hatte, und das sehr nahe lagte. Wenn st. nun von unserm Artikel sagt, daß darin ausgeführt sei „auf so schwachen Füßen, daß es sich kaum verlohnt, darauf zu rezipieren“, so zweifeln wir keinen Augenblick daran, daß das keine Anspielung ist, meinen aber, es wäre sachgemäßer gewesen, er hätte diese Ansicht für sich behalten, und dafür den Lesern das Falsche unserer Ausführungen nachgewiesen. Das Urtheil überläßt man in solcher Diskussion besser Dritten.

### Sozialpolitische Rundschau.

Zürich, 2. September 1885.

Der Todestag Ferdinand Lassalles ist auch in diesem Jahre von den deutschen Arbeitern nicht unbeachtet übergegangen worden. Das Andenken an den großen Agitator, dessen Ausstritten für die moderne Arbeiterbewegung von so epochenmachender Bedeutung war, wurde am 31. August von Hunderttausenden deutscher Arbeiter gefeiert, wenn auch nicht in glänzenden Festversammlungen, so doch, je nach den örtlichen Verhältnissen, in Demonstrationen zu Ehren des Toten, in Zusammenkünften im engen Kreise vertrauter Genossen, im Ausschlagen von Wahrscheiben oder im Verbreiten von Flugblättern — kurz, welches der Mittel und Wege alles sind, durch welche unsere wackeren Genossen in Deutschland dem Andenken unseres, oder sagen wir besser: unserer Toten am würdigsten gerecht zu werden glauben. Unserer Toten, denn neben dem Andenken F. Lassalles feiern die sozialistischen Arbeiter Deutschlands am 31. August jeden Jahres das Andenken aller derer, welche überhaupt im Kampf für unsere große Sache gefallen sind. Ob auch die Namen mancher braver Streiter schon vergessen sind, ihr Dürken lebt in unserer Bewegung fort, im Eintreten für die große Befreiungsidee errangen sie Unsterblichkeit. Der gefeierte Redner, der gebührende Organisator, der Mann der Feder wie der einfache „namenlose“ Proletar, der nach Maßgabe seiner Mittel und Fähigkeiten für die Sache des Sozialismus eintrat — alle, alle, die ihre Kräfte, ihr Lebensblut für die Befreiung des Proletariats aus politischer Knechtschaft und Mo-

nomischer Unterdrückung eingesetzt, sind unsere Toten, und ihnen zu Ehren haben auch diesmal am 31. August Hunderttausende deutscher Arbeiter sich gelobt, treu festzuhalten an der Fahne der Sozialdemokratie, nicht zu wanken und zu weichen, bis das große Ziel erreicht ist, bis die menschliche Gesellschaft in Wahrheit eine große freie Assoziation ist, in der die Solidarität aller das Glück aller verbürgt.

p. Deutsche Turner, das heißt deutsch-österreichische, sind dieser Tage bei Trautenaus in Böhmen von Tschechen arg durchgeprügelt und mit Steinen hat tod geworfen worden; und sie erfüllen nun die Presse mit ihren Klagen. Es versteht sich von selbst, daß wir derartige Rohheiten, auch wenn sie sich gegen Leute richten, für die wir keine Sympathie haben, auf das Schärfste mißbilligen. Immerhin ist jedoch ins Auge zu fassen, daß die „Reaktion“, welche sich jetzt in Oesterreich und namentlich in Böhmen überall gegen das Deutschthum geltend macht, eine sehr natürliche Erscheinung ist und durch Geschehnisse der Vergangenheit vollständig erklärt wird. Bis vor 19 Jahren herrschte in Oesterreich das Deutschthum. Und wie hat es seine Herrschaft benützt? Zur Unterdrückung (Verdummung) und Ausbürgerung des Volks. Insbesondere in Böhmen haben die Deutschen entsetzlich gehaßt. Wir erinnern nur an die furchtbare Härte, mit welcher einst die national-böhmische Hussitenbewegung, die zu gleicher Zeit ganz eminent eine Kulturbewegung war, im wahrsten Sinne des Wortes in Blut erstickt ward. Seitdem sind Jahrhunderte verstrichen, allein die Erinnerung an jene Gräueltat ist durch neue Schändlichkeiten frisch erhalten worden. Der Deutsche sieht heutzutage dem Tschechen in ähnlicher Weise gegenüber wie der Engländer dem Iren. Er hat Jahrhunderte hindurch dessen Rationalität unterdrückt, und er unterdrückt ihn wirtschaftlich. Die Aussaager der tschechischen Arbeiter sind fast ausnahmslos Deutsche. So kommt nun nationalen Haß der soziale, zum Rassenhaß der Klassenhaß. Der religiöse Gegensatz ist allerdings nicht vorhanden, wie in Irland, aber nur aus dem Grund, weil die böhmische Religion, wenn uns der Ausdruck erlaubt ist: der Hussitismus mit Stumpf und Stiel ausgerottet ist, wenigstens äußerlich. Aber eine Volksreligion, auch nur äußerlich ausrotten — welche ungeheure Summe von Gewaltthat und Grausamkeit brückt sich in diesen Worten aus! Und ihr entgegen, welche Summe des Hasses, der da gekostet worden ist!

Und noch ein anderer Unterschied im Vergleich mit Irland: die Deutschen haben aufgehört, die herrschende Klasse in Oesterreich zu sein. Das Jahr 1866 hat ihre Macht gebrochen. Der schmachvolle Bruderkrieg, von dem gewisse Geschichtsführer und versippte Epischöcker behaupten, er sei zur Neugeburt Deutschlands, zur Größe der deutschen Nation geführt worden, hat dem Deutschthum in Oesterreich einen „Stoß ins Herz“ verleiht. Die Amputation der Königsgräth schnitt das „deutsche Element“ Oesterreichs ab von dem deutschen Kumpel, und in seiner Jostlichkeit auf sich selbst angewiesen, war es außer Stand, den übrigen Rationalitäten — Slaven und Magyaren — die Spitze zu bieten.

So kam die Reform, die Revolution, die in der einen oder andern Form niemals ausbleibt, wo Macht vor Recht gegangen ist und die brutale Gewalt ihre Drogen gekostet hat.

Bei Trautenaus wurden im Spätsommer 1885 die deutschen Turner von den Tschechen geprügelt und halb zu Tode gesteinigt. Und in Trautenaus war 19 Jahre vorher der deutsche Bürgermeister neben den deutschen Stadtverordneten von den „deutschen Brüdern“ aus Preußen, die auf Kommando Bismarcks über Nacht ins Land gefallen waren, vor's Standgericht gestellt und dann, da man doch vor einem nackten Nord zurückbebt, unter unerhörten Mißhandlungen als Geiseln nach Preußen geschickt worden, weil sie ihr Vaterland nicht hatten verrathen wollen und dem Landesfeind Widerstand geleistet hatten.

Wären die deutschen Turner im Spätsommer 1885 bei Trautenaus von den Tschechen geprügelt und halb zu Tode gesteinigt worden, wenn nicht im Sommer 1866 die „deutschen Brüder“ aus Preußen auf Kommando Bismarcks den berühmten „Stoß ins Herz“ verleiht hätten?

Wir möchten den kennen, der den Rath hat, auf diese Frage mit Nein! zu antworten.

Wie gesagt — es fällt uns nicht ein, Schadenfreude über den tschechischen Handstreich zu empfinden, oder gar mit den Thätern zu sympathisiren.

Wir wollten den Vorgang klar erklären. Vielleicht finden wir bald Gelegenheit, uns mit der österreichischen Rationalität in Frage eingehender zu beschäftigen.

— Fartcatcher ist ein etwas unästhetisches Wort, — so unästhetisch, daß wir nicht wagen, es zu überlesen. Wer Carlisle gelesen hat, wird aber kennen, und es ist das einzige Wort, welches die korrespondirenden und nicht korrespondirenden Schläffelloch-Politiker richtig bezeichnet, die jetzt anlässlich der Kremierer Kaiser-Spiritiker mit dieser nicht dagewesenen Unverschämtheit in der deutschen Presse ihren gemeinschaftlichen Unmut zeigen. Daß es Menschen gibt, die vor den Gemüthsabern auf dem Weg rutschen, ihnen jeden Gedanken, jeden Wunsch an den Augen abzulesen suchen, genau beobachten, wie sie sich räuspfern und spulen, um daraus Orakel zu schöpfen, — die durch die Schläffellocher, selbst der geübtesten Gemäcker, zu gucken bemüht sind;

sich hinter die Schürzen der Kammerlädchen und die Frackhöfe der Kammerdiener verstecken, um jede Bewegung, jeden Laut der gnädigen Herrschaften ausfinden und der mundausperrenden Welt des Phlegmas verklären zu können — das ist eine alte Geschichte, und es mag nicht im Traum eingefallen, ein Wort deshalb zu verlieren. Aber diesmal grassirt die Epidemie der Fartcatcherei (man verzeihe uns die barbarische Verdeutschung) in Kreisen, welche bisher davon verschont geblieben waren. Und das ist ein Umstand von symptomatischer Bedeutung, den wir, als Beweis für die weiter und weiter um sich greifende Korruption der besitzenden Klassen verzeichnen und an den Pranger hängen müssen. Diesmal machte auch die sogenannte demokratische Presse den widerlichen Kamel zum Beispiel die „Frankfurter Zeitung“, welche sich rühmt, das Zentralorgan der deutschen Demokratie zu sein, hat einen eigenen Fartcatcher —ardon! wir wollten sagen „Spezialkorrespondent“ nach Kremierer geschickt, der in spaltenlangen Briefen den demokratischen Lesern des demokratischen Zentralorgans die Ergebnisse seiner fartschäckerischen Thätigkeit mittheilt. Natürlich sind diese Ergebnisse so ekelerregend und nichtig, wie die Ergebnisse einer solchen Thätigkeit es deren Natur und Wesen nach nothwendig sein müssen. Auf Details wollen wir nicht eingehen; dazu ist uns der Raum unseres Blattes zu lieb und die Achtung vor unseren Lesern zu hoch. Genug, das Zentralorgan der deutschen bürgerlichen Demokratie ist unter die Fartcatcher gegangen — und diese Thatsache wollten wir hier amageln.

— Heber die Berliner Stadtverordnetenwahl Bewegung bringt die „Frankfurter Zeitung“, die sich neuerdings wieder mit besonderer Vorliebe an uns Sozialdemokraten zu reiben hat, eine Korrespondenz aus Berlin, die wir etwas beleuchten müssen, weil sie durch geschickte Mischung von Wahren und Unwahren auch den, die „Frankfurter Zeitung“ kennt, aber nicht sehr auf der Hut ist, täuschen kann. Die Korrespondenz, welche durch einen großen Theil der deutschen Presse gegangen ist, lautet wie folgt:

„Berlin, 20. August. In einigen Wochen finden in Berlin die Wahlen zum Stadtverordnetenversammlung statt; auch die sozialdemokratischen Stadtverordneten, darunter der Reichstagsabgeordnete Singer, sind ausgelost. Es gilt für die Sozialdemokraten, diese beiden Mandate zu behaupten und, wenn möglich, einige neue zu erobern. Sie haben auch zuerst mit der Agitation begonnen, aber sehr vorsichtig; nicht nur weil die Polizei ihnen nicht wie vor zwei Jahren volle Versammlungsfreiheit gewährt. Herr v. Puttkamer wußte damals bekanntlich gar nichts davon, daß die städtische „Arbeiterpartei“ mit den Sozialdemokraten (sozialistisch sei —, sondern noch mehr, weil innere Zwistigkeiten unter den hiesigen Sozialdemokraten die Leiter zur Vorsicht maßnahmen, damit nicht die persönlichen Streitigkeiten in den Versammlungen zum Ausdruck kommen und die Wahlagitation beeinträchtigen. Herr Singer, der vorgestern eine Versammlung abgehalten hat, muß einen Theil seiner Rede der Ermahnung widmen, durch die persönlichen Streitigkeiten nicht die Aktionsfähigkeit der Partei bei den Wahlen zu schwächen. — Die hiesigen Sozialdemokraten haben in einem Theil derjenigen Führer, die nach Ausweisung aller älteren vor zwei Jahren an die Spitze der Bewegung traten und zu Kampfe und Ansehen gelangten, böse Erfahrungen gemacht. Es hat zwar, wie schon früher berichtet wurde, in den Arbeiterkreisen dieses Wählbezirks, daß alle diese Herren, mit einer einzigen Ausnahme, schreien eine behagliche, bourgeoismäßige Existenz führten. In Unzufriedenheit darüber trat in den Versammlungen zu Tage, offene Bormwürfe wurden laut, und einer der vorher beliebtesten Führer, Herr Böckl, der sich zu einem sehr „patienten“ — wie es im Studentenjargon heißt — jungen Mann herausgebildet hat, mußte sein Auftreten böse Worte hören. Sogar der Besitz eines Jagdwesens und eines Renommirhundes — allerdings zweier für einen Proletariatsführer seltsamen Besitzthümer — wurde ihm vorgeworfen. Dazu kam, daß einige dieser politischen Führer sich unvorsichtig in Streiks einmischten, bei denen sie nach der Meinung der beständigen Arbeiter nichts zu suchen hatten. Kurz, die Mißstimmung ist und ist immer größer und ganz offen zu Tage getreten. Das aber nicht genug; auch mit den Leitern mehrerer Streiks, die politisch keine Rolle gespielt haben, machten die Arbeiter traurige Erfahrungen. In sämmtlichen Versammlungen, in denen es zu heftigen Auseinandersetzungen kam, ist unabweisbar konstatirt worden, daß ein Leiter des Tischlerstreiks und die Hauptvertreter des Streiks der Drechsler mit den Streikgebern zum mindesten leichtfertig und auch unstreitig zu eigenem persönlichen Vorteil gemischt haben. Es ist über die Betroffenen, denen es auch jetzt noch nicht an Anhängern fehlt, öffentlich sehr schärfes Gericht abgehalten worden. Der Leiter der Lohnbewegung, Tischler hat über verchiedene Gelder nicht Rechnung legen, sich auch gegen die öffentliche Beschuldigung nicht vertheidigen lassen, daß er mit seiner Geliebten Champagnergelage gefeiert hat. Daß der Mann dieser Geliebten öffentlich genannt und gleich konstatirt wurde, daß sie sich jetzt in der Charité befindet, und die Sache zwar beachtlich, aber nicht gerade schön. Wohlthätig in öffentlicher Versammlung mit dem Leiter des Drechsler-

### Feuilleton.

#### Die Agiotage unter der großen französischen Revolution.

(Aus der „Révue socialiste“.)

II.

Nun kamen goldene Tage für die berühmte Plejade der Sellidre, der Seguin, der Odier, der Vandenberghe, der Flachot und anderer Profitmacher — alle „Riz-pain-sel“, alle Jobber in Rationalgütern und Assignaten.

Nach dem 10. August (Sturm auf die Tuilerien) war beschlossen worden, die Rationalgüter in keine Grundstücke von 1 bis 4 Morgen einzutheilen und gegen geringen, jederzeit ablösbaren Pachtzins als unkündbar (à perpétuité) zu vergeben. Etwas später sagte man hinzu, daß ein Theil dieser Güter, den man auf eine Milliarde Werth abschätzte, nach siegreich beendetem Kampf gegen die Invasionsheere der feindlichen Monarchen an die unterstützungsbedürftigen Patrioten, die sich an der Grenze schlugen, unentgeltlich vertheilt werden sollte.

Wären diese Maßregeln ausgeführt worden, so hätte der kleine Grundbesitz zwischen 7 und 8 Milliarden an Land erhalten.

Aber genau so viel trug der Wind mit sich fort.

Die bereits durch die Armeelieferungen ermüdeten Geldleute warfen unmittelbar nach dem 9. Thermidor (Sturz Robespierres und der Jakobiner) und der Abschaffung des Maximum (der von der Revolution festgesetzte Maximalpreis für Mehl, Brod u. c.) ihre Kräfte ab. Mit ihren Spekulationen in Landungsmitteln, sagt Georges Avenel in seinen ausgezeichneten „Lundis Révolutionnaires“, hungerten sie das Volk aus, bis es sich ergab und in den Prairialtagen (20.—24. Mai 1795) von ihnen nidergeschlagen wurde.

Als so alle revolutionären und vom Volke ausgehenden Hindernisse aus dem Wege geräumt waren (die Verschwörung der Gleichgültigen ahnte man noch nicht) trieben die Spekulationen ihr Spiel auf offenem Markte und gingen mit wahrhaft teuflischer Berechnung zu Werke.

Zunächst handelte es sich darum, die Assignaten zu entwerthen. Großbourgeois und Regierer widmeten sich dieser Aufgabe mit einem Erfolg, der ihre Anstrengungen vollaus lohnte.

Während die Riz-pain-sel und Konkorsen an der wiedereröffneten Börse einen maßlosen Waffel (Herabdrücken der Kurse) feierten, warfen nämlich die Regierungen der Thermidoriten\*\* und ihre Nach-

folger dreimal so große Summen von Assignaten auf den Markt, als während der ganzen Periode des „Das Vaterland in Gefahr“ (vom 5. Juli 1792 bis 27. Juli 1795) ausgereicht hatten. Man urtheile selbst: Man gab für dreihundertzwanzig Milliarden Assignaten aus, in Abzügen von 2000, 5000 und 10,000 Franken!

Hieß das nicht dem Bankrott schließlich entgegengehen? Und war die Revolution, deren siegreiche Freiheitsarmeen über ganz Europa dahinstürzten, nicht von nun an den Börsenbörsen ausgeliefert?

Die Resultate dieser Finanzpolitik ließen nicht auf sich warten. Im Dezember 1793 hatten die Assignaten pari gestanden; im Juli 1794 (zur Zeit des Thermidor) waren sie auf 1/10 ihres Nominalwerthes gesunken. Im August 1795 fielen sie auf 1/100, im Januar 1796 auf 1/1000, im Februar desselben Jahres auf 1/10000 und schließlich kurz darauf auf 1/100000 ihres Nennwerthes zu sinken (d. h. für ein Assignat von 1000 Fr. Nennwerth erhielt man für 3, sage drei Centen Waare!).

Der von den Jobbern erwartete „psychologische“ Moment näherte sich. Man hatte eine unhaltbare Situation geschaffen; um ihr zu flüchten, gab das Directorium als Ersatz für die absolut um jeden Kredit gekommenen Assignaten, welche die Agiotage fast umsonst an sich gebracht und in ihren Kassen aufgespeichert hatten, für zwei Milliarden und vierhundert Millionen Territorialmandate, die ganz natürlich, wie der Dach in den Strom, in die Taschen der „Dieseranten“ floßen. Dieses neue Papiergeld sollte theils im Verhältniß von 1:3 zur Einwechslung von Assignaten dienen, theils gegen Rationalgüter, auf welche es direkt ausgestellt war, eingetauscht werden. Die Jobber, bereits Besitzer des größten Theils der Assignaten, brachten bald die Territorialmandate an sich und zahlten so mit 1/1000, was 1/100 galt, oder deutlicher gesagt, mit 1, was 100, werth war.

Mit den auf diese Weise erlangten Bodenschätzen in der Hand konnten die Riz-pain-sel jetzt ihre Krugen auf 10 Milliarden Rationalgüter werfen.

Aber noch nicht zufrieden mit dem fetten Profit, gerbereten sie sich jetzt wie die Rasenden, um den Werth eben der Rationalgüter herabzubrühen; sie sprengten das Gerücht aus, die Zeichnungen würden annullirt werden, und weigerten sich, die zweiten Einzahlungen auf die erlangten Zeichnungen zu leisten, unter dem Vorwand, sie hätten keine Mandate mehr. Die Großbourgeois-Regierung that so, als ob sie ihnen glaube und akzeptirte, um die Unerfährlichen zu beruhigen, als Zahlung für die Rationalgüter: Anweisungen von Dieseranten, Rechnungen, Requisitionsscheine und Renteneinzahlungen, was ein wahrer Standal war, wenn man berücksichtigt, auf welche Weise diese Einzahlungen erlangt worden waren.\*

\*) „Ach, diese Zahlung in Renteneinzahlungen war noch ein ganz anderer Standal als die Assignaten und die Mandate!“

\*\*Zwei Jahre zuvor, als die Assignaten im Werth fielen, hatten die Armeelieferanten von keinem Papiergeld mehr wissen wollen, sie hatten es vorgezogen, sich in das große Buch der öffentlichen (Staats-) Schuld im Verhältniß von 6 zu 1, dann von 10, 15, 20 für einen Franc

Auf solche Art erlangte man die Rationalgüter um den zehnten Theil ihres damaligen und um weniger als den vierzigsten Theil ihres heutigen Werthes. Die Kaufleute bestritten davon, was ihnen zulagte, und verkauften den Rest um theures Geld an die schwarzen Bänder, welche ihn zerstückelten, und dann die Partellen noch theurer an die Bank verkauften. Die Letzteren, Käufer dritter oder vierter Hand, zahlten zehn, zwanzig oder gar dreifach höhere Summen als die, welche den Staat erhalten hatte. Die Differenz bildete die Prämie für die Agiotage. Diese hatten nicht vergeblich „gearbeitet“, sie hatten, ungeachtet aller Gefahr, Milliarden verdient. Eine wundervolle Operation, ihr Gegenstand war der Ruin des Landes. Aber weshalb darüber schreien? Feudalitäten können sich nur bilden, wo die Volksmassen sich in Elend und Unterdrückung befinden. Und eine neue Feudalität, die Financfeudalität, war geboren, sie sollte in Bonapartes ihren Beschäftigten ihren großen Mann, ihre Vorsehung finden.

„Aie,“ sagt der unvergeßliche Verfasser der „Lundis révolutionnaires“, „war ein Mann mehr geeignet, die Epigonen zu beruhigen. Als ich sah, mit welcher Gemandtheit er Enghien verschwinden ließ, mit welcher Kaltblüt er sich der unverweifellichen Patrioten entledigte, und wie er verstand, den Papst zu zwingen, in den Verkauf der Kirchengüter willigen, und wie solche das Eigentumsrecht im Code des bürgerlichen Gesetzbuch Frankreichs, das übrigens mit Napoleon's Reichthum garantiert wird, war man begauert. Die Riz-pain-sel“ hat Bonaparte auf Probe angenommen, sie machten ihn zu ihrem lebenslänglichen ewigen Behüter. Und ungläublich, märchenhaft — eine viel gefährlichere Epoche als die vorhergehenden begann: jetzt wurde Europa das Operationsfeld. Zehn Jahre lang gab es Armeen zu vertrieben, Kassen zu leeren, Domänen an sich zu reißen. Man brauchte einmal mehr zu kaufen; Bonaparte gab, schenkte, krönte — geRationen wurden ausgetrieben. Spauentträger und Zierarten wurden Brüder, verbündeten sich, hielten einander. Und Mehrzahl der alten Adligen vergaßen, vom Glanz der Sonne des Tages geblendet, ihre Prinzipien oder vielmehr ihren Groll, schloß sich den andern an und veräuferte sich wie diese.“

Ein Genueser Haus, das 1,000,000 Franken geschossen hatte, wurde mit 10,000,000 Franken eingetragener. Ein andäbiger von 200,000 Livres sah sich als Besitzer von 30 bis 40 Millionen eingetragener Rente.

Nun, diese Dieseranten beanspruchten, als Inhaber reeller Werthe handelt zu werden, und man ließ sie, wie alle anderen Renten-Inhaber nach Maßstab des Zwanzigfachen ihrer Eintragungen den Käufen zu.“ (G. Avenel, am angeführten Orte.)

Darf man sich nach alledem über die märchenhaften Reichthümer wahren, welche die Kuschungerer des Volks und der Armeen der Republik einheimten?



abgerechnet worden, und es wurde beschlossen, daß dieser Herr nicht mehr berechtigt ist, für die Würde und Ehre der Berliner Arbeiter einzutreten. Es ist begreiflich, daß diese Vorgänge unter den Berliner Arbeitern viel böses Blut gemacht und großes Mißtrauen gefeßt haben. Es wäre aber doch verfehlt, davon eine Rückwirkung auf die städtischen und politischen Wahlen zu erwarten. Den Fortschritt und den Konservativen gegenüber sind die Sozialdemokraten trotz aller inneren Zwistigkeiten, doch einig, zum Mindesten ist die Zahl derer, die losgerissen werden, sehr klein. Sie haben zudem eine praktische Art, solche innere Zwistigkeiten zu überwinden; sie waschen ihre schmutzigen Wäsche ganz öffentlich, soßen die räudigen Schafe aus und schleichen sich nach diesem löblichen Geschäft nur um so enger zusammen.

So der saubere Herr Korrespondent. Seine Schlußbemerkung ist eine wenig feine Flögelei und Verhöhnung. Die Sozialdemokraten waschen allerdings ihre Wäsche ganz öffentlich, aber das ist ein Luxus, den sie sich nur deshalb erlauben können, weil ihre Wäsche keine schmutzige ist und das Licht nicht scheuen braucht, wie die Wäsche anderer Parteien. Schmutz ist in den Berliner Verfassungen allerdings weggewaschen worden: das war aber Schmutz, mit dem unsere Partei nichts zu tun hatte, und dessen, ihren Ruchschößen zu nahe gekommenen. Inhaber sie sich vom Hals schaffen mußte — was denn auch in der verständlichsten Weise von der Welt geschehen ist.

Ueber die eigenthümliche Natur der Berliner Bewegung hatten wir schon früher Gelegenheit, sie auszusprechen. Es kann dort weniger als irgendwo anders verhindert werden, daß unsaubere Elemente sich an uns heranbringen und auch einige Zeit oben schwimmen. Die Parteigenossen halten jedoch scharfe Wacht, und die unsauberen Elemente werden stets bald wieder ausgeschieden oder — kaltegestellt. Für diese unsauberen Elemente und verantwortlich machen zu wollen, wie diese Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ in seinem hochmüthigen Ergüsse thut, ist einfach eine Gemeinheit. Berlin ist der Sitz und Mittelpunkt des herrschenden Systems, dessen schmutzigster Schmutz und korrupteste Korruption, hier wie in einem riesigen Sammelbecken, zusammenläuft. Das weiß der Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ so gut wie wir; und so gut wie wir, weiß er auch, daß Bismarck, Postkammer und Rabal in brüderlichem Verein mit aller Macht daran arbeiten, die sozialdemokratische Bewegung zu säubern und zu zerstören. Statt diejenigen anzugreifen, welche die Wäsche „schmutzig“ gemacht haben — um im Gleichniß zu bleiben — schmutzt und verhöhnt er die, die den Schmutz abschütteln und abwachen.

Das ist charakteristisch für den Korrespondenten der „Frankf. Ztg.“ und sein Blatt. Im Vorbeigehen sei noch bemerkt, daß kein verständiger Arbeiter sich irgendwo unangenehm berührt findet, wenn ein wegen seiner politischen Thätigkeit gemäßigter Arbeiter sich ein „Gesicht gründet.“ Unangenehm ist dies bloß den Herren Bourgeois (demokratischen wie konservativen und nationalliberalen), denen es lieber wäre, wenn die politischen so gemäßigten Arbeiter Hungers kämen.

Und zum Schluß rathen wir dem Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“, künftighin vor der eigenen Thüre zu stehen.

Der famose Diätenprozeß, welchen der „große“ Otto angezettelt hat, ist bis jetzt — und das ist immerhin charakteristisch — von keinem einzigen Blatt, außer von der „Norddeutschen Allgemeinen“, so ja als Wädden für Alles auch die schmutzigsten Arbeiten zu veröffentlichen hat, gedilligt und verteidigt worden. Bismarck scheint also wirklich das erstaunliche Kunststück fertig gebracht und einmal die Grenzen der deutschen Schatzkammer und Gefinnungslosigkeit erreicht zu haben. Und das ist immerhin ein Verdienst. Nicht daß wir uns in diesem thörichten Wahn wiegen, der entrüstete Michel werde nun in wirklichen, ernsthaften Horn geraten und, seinen Horn zu Thut werden lassend, dem größtenwahnsinnigen Hausvater, der sich frech nicht bloß über das Gesetz, sondern auch über Anstand und Sitte hinaussetzt, und das deutsche Volk schmachvoll herabwürdigt und geradezu quart-hour“ den besten Schritt und Laupfah geben, und die maurisno quart-hour“ der Abrechnung bereiten. „Soweit sind wir noch nicht“, sagt der Otto.

Zur Sache selbst sei bemerkt, daß unseres Wissens außer Valencien und seine kein sozialdemokratischer Abgeordneter eine Vorladung erhalten hat. Dagegen sind, wie wir hören, sechs oder sieben fortschrittliche Abgeordnete mit solchen Papierchen bedacht worden, jedoch — wie das vorausgesehen war — keine einzigen Abgeordneter der Regierungsparteien, auch kein einziger Zentrumsmann.

Von Seiten der Angeklagten wird auf den Satz der preussischen Verfassung: „Alle Preußen sind vor dem Gesetze gleich!“ hingewiesen und an ihn die Forderung geknüpft werden, nun auch alle Abgeordneten, welche Privatdiäten empfangen haben, zu verfolgen. Und offensichtlich wird man des Ferneren darauf bestehen, daß die ausgearbeiteten Paragraphen des Landrechts, auf welche sich die Anklage stützt, auch auf andere Fälle als den bezug von Privatdiäten angewandt werden. Zum Beispiel auf den berühmten Ottospennig, der unter ähnlichen Voraussetzungen eingekauft und von dem Empfänger in seinen Privatnutzen zu Zwecken verwendet worden ist, für welche jemals weder von den Gebern noch von den Empfängern bestimmt war.

Auf den „Ottospennig“ passen die betreffenden Paragraphen des Landrechts weit besser als auf die Privatdiäten. Und so wahr es noch Richter in Preußen“ gibt, wird der Zinsgroßen patriotischer Knechtschleier, den der brave Otto jetzt so hamsterartig in Schönhausen aufgeschleiert hat, in den königlichen preussischen Fiskus wandern. Es ist das freilich eine entsetzliche Aussicht für den großen Reichshammer, und wir wollen nur wünschen, daß er vorkommenden Falles den nöthigen Mannesmut bewahren und sich kein Leids anthon wird.

Der Henker kann antreten. Das Reichsgericht hat genau so gehandelt, wie wir es voraus sagten, und die Revision im Prozeß wurde verworfen. Es war die bekannte Schablonenarbeit. Und auf den prompt arbeitenden Richter folgt der ebenso prompt arbeitende Nachrichter.

Es gibt Leute, die da meinen, angesichts der Zweifel an der Schuld des Otto, die in allen Kreisen laut geworden sind und täglich noch laut werden, würde der „eiserne“ Bismarck Bedenken tragen, die Absicht zu nehmen zu lassen. Aber der eiserne Bismarck und Rückficht auf die öffentliche Meinung und das öffentliche Rechtsgefühl — welche naive Zusammenstellung! Ebenso wahrscheinlich ist, daß der „Eiserne“ den ausgesprochenen Ottospennig herausgibt.

r. Aus Sachsen. Wie vor zwei Jahren, giebt auch diesmal die „Frankfurter Zeitung“ uns schulmeisterliche Belehrung für die bevorstehenden Landtags und Schulmeisterliche Ladel wegen unseres bisherigen Verhaltens. Wir sollen in unser Verberben rennen, weil wir die Bundesgenossenschaft des „Fortschritts“ ablehnen. Durch unsere thörichte Politik, alle andern Parteien zusammengekommen als „eine reaktionäre Masse“ zu behandeln, nöthigten wir alle andern Parteien (auch den biedereren Fortschritt), sich gegen uns zu verbünden — und am Tage der Wahl würden wir sehen, wohin solche Prinzipienreiterei die „Frankfurter Zeitung“ möge ihre schulmeisterliche Belehrung und schulmeisterlichen Ladel hübsch für sich behalten.

Was unsere Prinzipien erheischen, das braucht die „Frankfurter Zeitung“ uns nicht zu sagen, die sich erst über ihre eigenen „Prinzipien“ klar werden möge, ehe sie uns eine Vorlesung über unsere Prinzipien hält. Und was unsere Interessen betrifft — nun — so sind wir nicht so naive Thoren, um sie uns von unseren Gegnern und Feinden erklären zu lassen.

Zur Sache sei der „Frankfurter Zeitung“ nur gesagt, was wir schon mehr als einmal ihr zu sagen Gelegenheit hatten: daß es in Sachsen eine wirkliche Oppositionspartei außer der Sozialdemokratie nicht giebt; daß die sogenannte „Fortschrittspartei“ sich im Landtag genau so reaktionär gezeigt, wie die übrigen Reaktionsparteien, und daß z. B. sie es war, welche im vorigen Landtag der sächsischen Regierung das berühmte Steuerreklamentgeschweibendel apporriorirte, und damit sogar über die konservativen Wünsche und Hoffnungen hinausging.

\*) Eigentlich: „die böse Viertelstunde“ — es ist ein Ausdruck von Rabalais.

Wenn es in Sachsen eine wirkliche demokratische Oppositionspartei gäbe, würde sich ja vielleicht in diesem oder jenem Wahlkreis haben reden lassen, allein wo ist denn eine solche Partei vorhanden? Die „Frankfurter Zeitung“ möge die schärfste Prüffe aufsetzen und einmal nachsehen. Sogar mit einem Vergrößerungsglas würde sie keine entdecken, denn das beste Vergrößerungsglas ist nicht im Stand, das halbe Dutzend Wirr- und Querköpfe, die sich in Leipzig, und das halbe Dutzend Wirr- und Querköpfe, die sich in Dresden als „demokratische Partei“ zusammen gethan haben, als eine bündnisfähige Macht erscheinen zu lassen. Und damit genug. Die sächsische Sozialdemokratie wird am 15. September dieses Jahres ihre Pflicht thun und kein Kompromiß mit irgend einer Bourgeoispartei wird ihr keines Banner bejubeln!

Bismarck's neueste Leistung, die famose „Schönhauser Stiftung“, ist selbst für den mittelstärksten der deutschen Michel ja starker Tabak. Während sich auch nicht ein — wir sagen nicht unabhängiges, aber den Schein der Unabhängigkeit hütendes Blatt findet, welches diese Replikensfondsgründung zu verteidigen magt, haben sich selbst konservative und nationalliberale — man denke nationalliberale! Blätter gefunden, welche in aller Ehrerbietung ihre bescheidenen Zweifel der Zweckmäßigkeit dieser Art von Unterstützungsgeldern äußerten. Das Bismarck, solange er lebt, selbst die Hand auf den Beutel hält, darin wolke man sich allenfalls noch schiden, aber die Nachkommen! Derbert-Karolath, Bil, der Hundes und Du... Freund, als Beförderer der Wissenschaft, das ist doch eine zu harte Wille. Da muß sich selbst das lokale Professorenemulium empören — natürlich platonisch.

Kunst, die sittliche Entrüstung wird den guten Leuten nichts nützen, die Sache ist abgemacht, der Herr hat befohlen, und die ergebenen Diener haben sich zu fügen. Mögen sie sich damit trösten, daß die Demuthigung — und eine solche ist die Schönhauser-Stiftung — sie wenigstens nicht unverdientermaßen trifft.

Konfusion oder Opportunismus. Ein Genosse schreibt uns: „In Berlin ist gegenwärtig die Agitation für die Ergänzungswahl der Stadtverordneten im Gange. Wie gewöhnlich sind es auch hier unsere Gesinnungsgenossen, die sozialdemokratischen Arbeiter, welche zuerst auf dem Plan erschienen, und für ihre Kandidaten Propaganda in öffentlichen Versammlungen zu machen suchen.“

So erfreulich dies ist, so wenig behagt uns das Programm, das in einer der letzten Versammlungen der Stadtverordnete Ordri entwickelte und mit dessen Ausführungen sich die bezügliche Versammlung einverstanden erklärte.

Nach dem „Berl. Volksbl.“, Nummer vom 26. August, führte Ordri unter anderem aus: „Es sei der Vorschlag gemacht worden, die außerhalb gebrauchten fremden Biere, von denen jährlich 121,000 hl. eingeführt würden, mit 5 Mark per hl. zu besteuern. Bei der hohen Dividende, welche die großen auswärtigen Brauereien zahlen, sei anzunehmen, daß die Steuer aus dem Unternehmergewinn gezahlt werde. Dem Vorschlag würde er (Redner) in dem Falle zustimmen, daß ihm ausreichende Garantien geboten würden, daß das Geld zur Entlastung der ärmeren Bevölkerung verwendet würde.“ — Zum näheren Verständniß sei bemerkt, daß die Berliner Behörden in einer vorübergehenden Annahmung von Gerechtigkeitsgefühl die meisten der in Berlin bestehenden lokalen indirekten Steuern, so die Schacht- und Maßsteuer, zu Anfang der siebenziger Jahre aufgehoben haben; jetzt aber, wo die städtischen Bedürfnisse stetig steigen und man die direkten Steuern und als solche kann allein die progressive Einkommensteuer angelehrt werden, nicht allgemein einführen oder erhöhen will, taucht die Idee auf, wieder zum System der indirekten Besteuerung zurückzukehren.

Diesem Bestreben der Einkommensteuerfeindlichen Bourgeoisie kommt jetzt Ordri durch seine, wenn auch etwas verlausulirte Zustimmung zur Einführung der Steuer auf auswärtiges Bier auf halbem Wege entgegen! Wir fragen, ist Ordri Sozialdemokrat und erkennt er als solcher das Parteiprogramm an oder ist er es nicht? Ist er Sozialdemokrat, so hat er sich durch seine Rede eines schweren Verstoßes gegen das Programm schuldig gemacht. Das Programm verweist die indirekten Steuern, die Steuern an Lebensbedürfnisse, und dazu gehört unter den heutigen Kulturzuständen das Bier ungewisshaft. Bei dem Vorhandensein der Schnapspest ist die Beförderung der Bierkonsums an Stelle des Schnapsgetrunks sogar ein Kulturschritt, darum sollte jeder auf die Verbilligung des Biers und nicht auf seine Verteuerung hinarbeiten. Die Behauptung Ordri's: „Bei der hohen Dividende, welche die großen auswärtigen Brauereien zahlen, sei anzunehmen, daß die Steuer aus dem Unternehmergewinn gezahlt werde.“ ist offenbar nur zur Gewissensberuhigung gemacht und rechtlich unwirksam der Behauptung der „Nordd. Allgem. Zeitung“ und ihrer Hintermänner an: „Das Ausland zahlte die Fleisch- und Getreibeölsteuer.“ Fürs Bier Steuer auf einen Festsitzler Bier ist eine exorbitante Steuer, welche, da der Bierpreis je nach der Qualität des Bieres zwischen 9—18 M. pr. hl. schwankt, eine 25—50prozentige Verteuerung bedeutet; und da gehört mehr als Reizeit dazu, zu glauben, daß diesen Aufschlag der Unternehmer tragen werde oder könne. Das widerspricht aller Erfahrung und der Natur der indirekten Steuern. Für die Sozialdemokratie giebt es nur eine gerechte Steuer, das ist die progressive Einkommensteuer, und wenn diese in Berlin richtig angewandt würde, so würde die Kommune aus der großen Zahl ihrer ganzen, halben und Viertelmillionäre — kurz, der vielen wohlhabenden Leute, die sie besitzt, genug Geldmittel herauspumpen können, um alle ihre Bedürfnisse ohne fühlbare Belastung der untersten Klassen zu decken.

Die Sozialdemokratie ist keine Partei des Opportunismus, sondern eine Partei der Prinzipien. Und je mehr durch die Theilnahme an den verschiedenen parlamentarischen Vertretungen für die Vertreter der Partei die Gefahr wächst, der Rechnungsträgerei zu verfallen und statt einer Prinzipienpolitik sogenannte „praktische“ Politik zu treiben, die fast immer darauf hinausläuft, den prinzipiellen Standpunkt zu verwässern oder gar zu verleugnen, um so scharfer muß die Partei ihren Vertretern auf die Finger sehen und jede Fehlbildung rügen.“ P.

Wir können das Besagte nur von Anfang bis Ende unterstügen.

Unter der Spitzmarke: „Ein neues Glaubensbekenntniß der Rihilisten“ macht gegenwärtig folgender Waschzettel die Runde durch die deutsche Presse:

„Seit längerer Zeit schon geht es im Lager der russischen Rihilisten sehr still zu. Man hört nichts von neuen Gewaltthaten derselben, und auch ihre literarische Thätigkeit, die noch vor wenigen Jahren so fruchtbar an Broschüren, Manifesten, Programmen, Journalen und Reuen war, ist fast vollständig verlegt, sie beschränkt sich gegenwärtig auf zwei periodische Publikationen, die weder in literarischer noch in revolutionärer Hinsicht eine größere Bedeutung besitzen. Es sind dies der „Bote des Volkswillens“, eine kleine Reue in Sedsformat, welche unter der Redaktion von Tschomirov und Lawrow viermal im Jahre erscheint, und eine Monatschrift, die „Allgemeine Sache“, die in Genf im Verlage der Buchhandlung Uspidin herausgegeben wird. Um so mehr verdient eine Erklärung beachtet zu werden, die in der Juli-Kammer der „Allgemeinen Sache“ zu lesen ist und folgendermaßen lautet: „Die Unparteilichkeit des Chronisten nöthigt uns zu unsern Bedauern zu dem Bekenntnisse, daß der unerlöschliche Kampf, den die russische Regierung vor einigen Jahren gegen die Unzufriedenen im Lande und die liberale Strömung dazwischen unternommen hat, mit einem großen Triumph der Autokratie geendigt hat. Die Verschönerungen (Kramolch) haben nahezu aufgehört, die liberale Partei hat die Waffen gestreckt, indem sie alle Zweige der Verwaltung den Reaktionsären überließ, und wenn man in Rußland hier und da noch einige Spuren von Kritik gegenüber der Regierung bemerkt, so sind dieselben so schwach, daß die Regierung ohne viele Mühe dieses Gespenn des Liberalismus unterdrücken kann, sobald sie nur will; es wird nur geduldet, weil es ganz unschuldig ist und dem Prestige des Absolutismus nichts schadet.“ Nach einigen bitteren Worten und Reflexionen über die russische Jugend und Gesellschafft und der Erklärung des Autors, daß er trotzdem nicht an dem endlichen Triumph der fortschrittlichen Ideen über die Barbarei der russischen Regierung verzweifelt, fährt dann der Artikel folgendermaßen fort: „Wir kämpfen für die Eroberung der natürlichen Menschenrechte, für die Befreiung des Individuums, und ein solcher Kampf kann nicht mit einer Niederlage enden. Wir haben die Ueberzeugung, daß unsere heute verlassenen Reichen sich eines Tages mit neuen Kämpfern ausfüllen werden. Gleichwohl würden wir im Interesse unseres Erfolges aufrichtig wünschen, daß unser Kampf von allen Gewaltthätig-

keiten, Mordthaten und Exzessen sich fern halte. Unsere einzige Waffe sei künftig die Wissenschaft und die Moral, denen gegenüber die Barbarei keine Rücksicht hat, Widerstand leisten zu können, während Zeit und Erfahrung genügend dargehen haben, daß in Rußland alle revolutionären Gewaltakte niemals der Befreiung des Volkes genügt, sondern im Gegentheil immer die Reaktion gefördert haben.“

Dieses „Glaubensbekenntniß“ ist weder neu noch ist es nihilistisch, wenn man unter Nihilismus die thätigste Opposition gegen den Autokratismus in Rußland versteht. Die „Allgemeine Sache“ (Obtschitsche Djele) ist ein ganz harmlos verschommenes Blatt, welches zur Unterhaltung der im Ausland weilenden ausgeklärten und unzufriedenen russischen Bourgeois erscheint, mit dem russischen Nihilismus etwa ebenso viel zu thun hat wie die „Demokratischen Blätter“ mit der deutschen Sozialdemokratie. Man bemesse danach den Werth, der dem angeblichen „neuen Glaubensbekenntnisse des Nihilismus“ beizumessen ist. Wir würden auch gar keine Notiz von demselben genommen haben, wenn nicht die gute Absicht, welche bei seiner Lancirung in die deutsche Presse offenbar maßgebend war, uns dazu nöthigte, die deutschen Arbeiter darüber aufzuklären, von welcher Seite her man „Wissenschaft und Moral“ als die einzigen Waffen im Kampf gegen den gewaltthätigsten Despotismus predigt, den je die Welt gekannt. Haben doch auch Arbeiterblätter die Behauptung, „Obtschitsche Djele“ sei eine „nihilistische Monatschrift“, auf Treue und Glauben hingenommen.

Was die angebliche Stille im Lager der russischen Revolutionäre anbetrifft, so ist es nur zu natürlich, daß nach dem kolossalen Kraftaufwand und auch Kraftverlust der letzten Jahre auch eine Epoche der Sammlung eintreten mußte. Ledrigens beweisen und die sorgföhrten Verhaftungen, daß eine so absolute „Ruhe“, als in dem Waschzettel behauptet wird, keineswegs im revolutionären Rußland herrscht. Sensationslüsterne Reporter mag es ja sehr vertrieben, wenn nicht alle Tage eine Haupt- und Staatsaktion passirt, aber zwischen der Hinrichtung irgend eines schuftigen Menschenfinders und dem beschaudlichen Warten, bis „Wissenschaft und Moral“ den Despotismus besiegt, giebt es eben noch verschiedene Arten revolutionärer Thätigkeit. Man erinnere sich nur, daß auch die „Rihilisten“ seinerzeit nur nothgedrungen zum Terrorismus übergegangen sind.

Dänemark. Nachdem wir vor Monatsfrist (in der Nummer des „Sozialdemokrat“ vom 30. Juli) des Streikes, richtiger Lock-out, der Kopenhagener Schmiebe und Maschinenarbeiter Ermahnung gethan und einen Aufruf der Ausgesperrten zum Abbruch gebracht haben, ist uns für die heutige Nummer des Parteiorgans ein zweiter Aufruf der Kopenhagener Genossen zugegangen, aus welchem die Leser ersehen, daß der Rußland noch nicht beendigt ist, und daß seitens der vereinigten Bourgeois Alles aufgegeben wird, um die Arbeiter niederzuwerfen, und nicht bloß dem Kopenhagener Schmiebe- und Maschinenarbeitern, sondern der gesammten dänischen Arbeiterschaft und der dänischen Sozialdemokratie eine Niederlage zu bereiten. Wir haben nicht nöthig, die deutschen Genossen allerorts auf die Pflicht der Solidarität aufmerksam zu machen. Unsere dänischen Brüder, die sich so vertrauensvoll an uns wenden, sollen finden, daß ihr Vertrauen gerechtfertigt war. Die deutschen Arbeiter müssen und werden thun, was in ihren Kräften steht, um die streikenden Schmiebe u. Metallarbeiter zu unterstützen und ihnen den Sieg erkämpfen zu helfen.

England. Die von der „Ball-Rail Gazette“ und ihren Verbündeten, den Nachern der famosen Heilsarmee, Sonntag den 23. August im Hyde-Park in London abgehaltene Massen-Demonstration gegen die „Londoner Skandale“ — eine Komödie nach dem Rezept: viel Geschrei und wenig Wölle, denn es fällt den Herrschaften gar nicht ein, den Ursachen der Prostitution ernsthaft zu Leide gehen zu wollen, — diese Demonstration hat wenigstens das Gute gehabt, der Agitation der englischen Sozialisten wirksamen Vorschub zu leisten. Eine ganze Anzahl von Mitgliedern der „Sozialdemokratischen Föderation“ waren am Blatze und vertheilten in zehntausenden von Exemplaren ein äußerst schmeißiges Flugblatt, welches die „Belgravia atrocities“ (Belgravisches Grauel. Belgravia ist der Name eines der „feinsten“ Londoner Stadtviertel) auf ihre wirklichen sozialen Ursachen zurückführt. Von einem Wagen herab hielten verschiedene Redner des Verbundes Ansprachen an die Versammelten, und zwar mit so gutem Erfolge, daß sie die Aufmerksamkeit fast vollständig von den in der Nähe postierten Rednern der heuchlerischen Heilsgesellschaft ablenkten. Folgende von ihnen vorgeschlagene Resolution fand allgemeine Zustimmung: „Das Volk erklärt, daß die Ursachen der grauenhaftesten Verbrechen an Kindern, jungen Mädchen und Frauen, sowie der Prostitution überhaupt, in dem übermäßigen Reichtum der Einen und der Armuth der Andern zu suchen sind, daß der Luxus der Reichen die einzige Ursache der an Kindern und jungen Mädchen begangenen Verbrechen ist, und daß die niedrigen Löhne zugleich die einzige Ursache der Prostitution von Frauen und Mädchen sind; das Volk ist der Ansicht, daß die bestehenden Greuel nicht eher aufgehört werden bis das Prinzip der Gemeinschaftlichkeit (des Kommunismus) anerkannt, die politische, soziale und ökonomische Gleichheit aller Männer und Frauen durchgeführt sein wird, und die Kinder von Gesellschaftswegen erzoget unterrichtet und beschützt werden; die Versammelten erklärten schließlich, daß sie sich bemühen werden, für eine soziale Revolution zu wirken, um eine gründliche Umgestaltung des Systems der Verwaltung, der Produktion und der Vertheilung herbeizuführen.“

Ferner haben wir zu berichten, daß zwei Mitglieder der demokratischen Föderation bei den Wahlen als Kandidaten auftreten werden, und zwar J. Burns im Westbeirk von Nottingham und W. B. Parker in einem Wahlkreis des Londoner Ostend. Wir wünschen Ihnen besten Erfolg.

Die Londoner Polizei versucht neuerdings, der sozialistischen Agitation durch allerhand heimliche Schikanen Schwierigkeiten in den Weg zu legen, da sie ihr auf anderem Wege vorläufig nicht bekommen kann. Bis zu einem Sozialistengesetz nach preussisch-deutschem Muster hat es noch gute Wege, aber auch aus kleinen Verbrechen erzieht man den guten Willen und ist — nicht verstimmt. Die Polizei skizant sie, folglich geht die Bewegung vorwärts!

Aus Holland. (Korruption in den „freien“ Niederlanden.) Im Frühjahr dieses Jahres wurde in verschiedenen Städten, unter anderen auch in Amsterdam, folgende Proklamation öffentlich angeschlagen und sofort durch die Polizei beschlagnahmt: „Extra-Staatsblatt des Königreichs der Niederlande.“

Art. 1. Beschluß vom 21. Mai 1885, enthaltend Unser staatsrechtliches Testament.

Wir Wilhelm der Letzte, von Gottes Gnaden König der Niederlande, Prinz von Oranien-Nassau, Großherzog von Luxemburg u. c.,

Auf Vortrag des Ministerraths vom 11. Mai 1885:

In Ermüdung, daß Wir, Unser Ende nähern fühlend, soviel als möglich alle Ungerechtigkeiten, geheime Treibereien und Plagereien, die durch Uns oder in Unserem Namen getrieben, gebildet oder begünstigt worden sind, wieder gut zu machen wünschen, um, wenn es möglich ist, unsere sündhafte Seele im Jenenseits aus den Klauen des Satans zu retten, haben gut befunden und wollen:

- 1) Im Hinblick auf das tiefe Elend, in welches das Volk gesunken ist, Abstand nehmen von Unserer jährlichen Besoldung von 600,000 Gulden, sowie auch von den Einkünften aus den Domänen und von Allem, was sonst noch aus dem Schweiß und Blut der Arbeiter auf Uns und Unsere verdorbene Hoffhaltung niedertropfte.
- 2) Frieden schließen mit Atech, das stehende Heer abschaffen und die allgemeine Volkswaffenung einführen.
- 3) Alle früheren Beschlüsse und Ernennungen aufheben, um der Vaterlandsregierung Unserer Freunde ein Ende zu machen.
- 4) Berzicht leisten auf die Krone für Unsere Nachkommen.
- 5) Beide Kammern auflösen und einen Aufruf an das ganze niederländische Volk erlassen zur Beschlußfassung über die Regierungsform, sowie zur Erwählung neuer Kammern.
- 6) Mit tiefgeföhler Scham dem lieben niederländischen Volk, das Uns und Unsere Familie, sammt allem weiteren Anhang so geduldig und langmüthig geföhrt und unterhalten hat, Unseren demüthigen Dank bezeugen.



Unsere sämtlichen Minister sind mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt, welcher durch ein Extra-Staatsblatt zur Kenntnis des Volkes gebracht wird.

Karlsbad, den 23. Mai 1885.

Wilhelm.

Der Minister Heimskerk.

Gravenhage, Allgemeine Landesdruckerei.

Diese Proklamation, die allen gekrönten Landeshäuptern zur Nachahmung und Verwirklichung zu empfehlen ist, gab der Amsterdamer Polizei, jedwedenfalls auf Befehl von „Oben“, die erwünschte Gelegenheit, den Sozialdemokraten (denen diese sind der Sündenbock) einen Proß in den Hals zu werfen. Es mußte einmal „ein Exempel statuirt werden“, und als Opfer bezog man sich unseren Parteigenossen B. van Dimeren aus.

Dieser war verdächtig, Sozialist zu sein; laut Zeugnis der Polizeispindel empfing er nämlich Schriften aus dem Ausland, und darum mußten die Spitzel unseren Genossen im Auge behalten. Daß auch die Post-Sicherheitsbehörden hier schon betrieben werden, geht daraus hervor, daß die Polizei weiß, was der „Postillon“ bringt.

Sein Comrade wurde also beschuldigt, die oben erwähnte Proklamation angeheftet und damit die Würde des Königs angegriffen zu haben. Man ist aber, wenn man meint, daß seine sozialistische Gesinnung der einzige Grund war, unseren Genossen dem Gericht zu überliefern; nein, man mußte auch Gelegenheiten nehmen, eine Hausdurchsuchung bei dem Schriftführer des Vereins „Allgemeines Wahlrecht“ vorzunehmen zu können, und was ist unser Genosse van Dimeren? Als die Polizei nach Verhaftung für die Majestätsbeleidigung suchte und selbstverständlich nichts Verdächtigendes fand, nahm sie die Schriften und Bücher des genannten Vereins mit fort, in der Hoffnung, die Fäden der hervorhebenden Demonstration zur Erlangung des allgemeinen Stimmrechts in die Hände zu bekommen. Um nun diese Intrigue zu demaskiren, mußte natürlich weiter intriguiert werden, und so stand am 7. August unser Genosse vor den Schranken des Gerichts — der erste Sozialistenprozeß in den Niederlanden!

Das Vergehör ergab, abgesehen von den Beschuldigungen seitens der Polizei, absolut keinen Schuldweis. So beschränkte sich denn der Angeklagte ausschließlich auf eine Kritik der Anklage und der Danolungsweise der Polizei. Er empfahl, die Polizeibeamten wegen allzu großer Pflichtvergessenheit mit Schimpf und Schande zu entlassen, da sie, laut ihrer eigenen Anklageschrift, in der Nacht vom 27. auf den 28. Mai den bekannten Sozialisten B. van Dimeren nicht auf der That verhafteten, sondern still nach Hause gehen ließen.

Dann führte er in seiner Replik weiter an, daß die Polizei einen Tendenzprozeß inszenirt habe; wenn man ihn verurtheilt, so verurtheilt man nicht den Majestätsverdreher, sondern den Vertreter sozialistischer Ideen. Wollte man dadurch die Ideen vernichten? Wenn man ihn in den Kerker werfe, so sehen hundert Andere dafür auf. Anstatt daß man und in unseren Versammlungen widerlegt, werden wir von den Spürhunden der Polizei verfolgt und belästigt. Die Revolution ist nicht mehr fern, jeder denkende Mensch sieht das ein, nur die regierende Klasse ist blind. Mehr und mehr steigt die Noth der Arbeiter, bis sie, vor Hunger und Elend verzweifelt, um die schwarze Fahne, das Symbol des Hungers, sich schaaren, um, wenn sie arbeiten nicht leben können, kämpfend zu sterben. In allen Ländern raffen sich die Entertien zum Kampf auf, die Vorkämpfer haben begonnen, und riesengroß steht der Genius der Revolution vor uns. Von keinem schweren Tode erbebt die Erde, und den stürzenden Tyrannen tönt es ins Ohr:

„Ich war, ich bin und werde sein,  
„Ich werde sein. Und wiederum voran den Völkern werd'  
ich geh'n,  
„Auf euren Rüden, euren Haupt, auf euren Kronen werd'  
ich geh'n!“

Es ist erwiesen, daß van Dimeren unschuldig ist, und doch lautete das Urtheil auf ein Jahr Zellenhaft und Tragung der Kosten. Die Entrüstung ist allgemein, und man wundert sich, daß ein Richter sich fand, der den Muth besaß, ohne jede Spur von Beweis ein solches Urtheil zu fällen. Wir haben aber wieder einmal die traurige Erfahrung gemacht, daß die Klassenherrschaft die Justiz korrumpirt, daß die heutige Justiz Klassenjustiz ist.

Korruption und Klassenherrschaft sind international, aber auch der Sozialismus ist international, und der Sieg muß unser sein.  
Noch die Sozialdemokratie!

Excellior.

Dem vorstehenden Briefe eines holländischen Genossen haben wir nur noch hinzuzufügen, daß die Tumulte, welche sich in der vorigen Woche in Amsterdam abspielten, dadurch herbeigeführt worden waren, daß die Polizei den Straßenvorverkauf unseres Bruderorgans „Recht voor allen“ zu inhibiren versuchte. Aber das Volk, grad als wollte es sagen „if den er oog nog“ (Ich bin auch noch da!) nahm in energischer Weise für die Verkäufer des tapferen Organs der holländischen Sozialdemokratie Partei. Diese Manifestation zu Gunsten der verhafteten Umhürter war, obwohl durchaus friedlich, für die Polizei genügender Grund, mit blinder Klinge gegen die wehrlose Menge loszuwehnen und Brutalitäten zu verüben, wie man sie heutzutage nur von Odeunghelben genohnt ist. Frauen und Kinder wurden zu Boden geworfen und übertrampelt, einem jehubürigen Kind ward das linke Ohr abgeschlagen und ähnliche Heldenthaten mehr.

Unsere Genossen haben aus Anlaß dieser Schandthaten eine kräftige Proklamation an die Bevölkerung Amsterdams gerichtet, in welcher sie die Polizeistücke gehörig brandmarken, und allen Ausgeburteten, — Arbeitern, Kleinbürgern u. — zurufen:

„Die uns auslaugen, saugen auch Euch aus, unsere Sache ist auch eure Sache, unser Begehrt ist auch euer Begehrt. Ihr braucht uns, und wir haben eure Stütze in unsern Bestrebungen, die das Wohl Aller im Auge haben, viel zu nöthig, als daß wir Euch ohne Noth zu heiligen unser heiligen Sache machen sollen.  
Rein, nicht wir sind einander Feind, sondern die Regierung ist unser aller Feind.  
Im Uebrigen werden wir thun, was Pflicht und Umstände von uns erheischen.“

Dann bemerkt „Recht voor allen“ (daselbst erscheint im Haag):  
„Ein Bravo unser Amsterdamer Genossen im Allgemeinen für ihre kräftige und energische Haltung und den Muth der Beamten in Besondere...  
„Die Auflage unserer Samstagnummer betrug allein nahezu zwanzigtausend Exemplare!  
Ja, Freunde in Amsterdam, wir rufen mit Euch: Wir werden thun, was Pflicht und Umstände von uns erheischen. Und die Umstände — sie führen mit unübersteiglicher Gewalt zur Revolution, will sagen: zur Befreiung des Volkes aus Armuth und Elend!“

In Nr. 30 des „Deutschen Wochenblatt“, vom 30. August, veröffentlicht Genosse Bieder eine längere Erklärung gegen die in der vorletzten Nummer unseres Blattes enthaltene Korrespondenz aus München und richtet in einer Zusatznote das Ersuchen an uns, dieselbe gleichfalls abdruckend.

Soweit es sich in der betr. Erklärung um eine Vertheidigung Bieder's gegen die wider ihn erhobene Anklage, bezw. um eine Widerlegung derselben handelt, kommen wir seinem Wunsch selbstverständlich gern nach, soweit sie aber rein lokale Angelegenheiten persönlicher Natur, die ganz gut lokal erledigt werden können, oder Dinge behandelt, die mit der ausgemessenen Frage absolut nichts zu thun haben, und zudem an dieser Stelle doch nicht entschieden werden können, glauben wir von der Verantwortlichkeit absehen zu sollen.

Bezüglich unseres Verhaltens in dieser Streitfrage noch einige Worte: Wenn Bieder in einer Schlussbemerkung der Redaktion einen Vorwurf daraus macht, daß sie die gegen ihn gerichtete Korrespondenz ihm nicht vor Veröffentlichung behufs Ermöglichung einer gleichzeitig erscheinenden Erwiderung zugesandt, so haben wir darauf zu erwidern, daß für ein solches Verfahren — ganz abgesehen davon, daß es auch bisher nur da zur Anwendung kam, wo besondere Umstände es erheischen — schon deshalb kein Grund vorlag, weil die betreffende Korrespondenz nichts behauptete, was nicht schon in einem Münchener Lokalblatt gesagt worden war. Zudem haben wir eine den gleichen Gegenstand behandelnde Note des „Deutschen Wochenblattes“, von der wir voraus-

sehen zu dürfen glauben, daß sie von Bieder autorisirt war, unmittelbar nach der Münchener Korrespondenz folgen lassen, und damit gezeigt, daß uns nichts ferner liegt als ein parteiisch gefälliges Vorgehen gegen diesen. Was alsdann die von Bieder aufgeworfene Frage anbelangt, ob unser Einverständnis überhaupt berechtigt war, „im Auftrage der Münchener Genossen zu reden“, so ist die Entscheidung darüber Sache der Letzteren selbst. Für uns konnte darüber absolut kein Zweifel bestehen; die die Korrespondenz wurde uns von einem Genossen übermittelte, von dem wir wußten, daß er zu Einwendungen im Auftrage der Münchener Genossen berechtigt war.

In die eigentliche Debatte über den beanstandeten Passus der Rede Bieder's einzutreten, liegt für uns z. B. umsoweniger ein Grund vor, als Bieder loyaler Weise selbst erklärt, er gebe ohne Weiteres zu, daß die Bezugnahme auf den Kaiser besser unterblieben wäre.  
Dies vorausgeschickt, lassen wir nunmehr die Erklärung Bieder's, unter den erwähnten Einschränkungen, folgen:

„Ich habe ausgesprochen, daß es meiner Ansicht nach nicht sowohl böser Wille, als vielmehr Unkenntniß der Thatfachen und des Bewegungsgesetzes der modernen Gesellschaft war, was die Gegner des Sozialismus zu solchen Humpeln. Deshalb würde eine umfassende Arbeiterstatistik, zu der die Fachvereine und die später einzusetzenden Arbeitskammern das wahrheitsgetreue Material liefern würden, die weittragendsten Folgen haben. Wenn z. B. dem Kaiser die traurige Lage des Volkes in ihrer ganzen entsetzlichen Wirklichkeit bekannt wäre, so würde er meiner Ueberzeugung nach der deutschen Sozialpolitik eine andere Wendung gegeben haben, als sie bis jetzt verfolgt hat. Denn wer überhaupt ein menschliches Herz in der Brust habe, könnte nicht wollen, daß die sozialen Zustände, wie sie jetzt bestehen, fortbauerten.“

Dies der Sinn des bezüglichen Passus in meiner Rede. Ich gebe ohne Weiteres zu, daß die Bezugnahme auf den Kaiser besser unterblieben wäre, schon aus dem Grunde, weil sie zu einer Auffassung meiner Worte geführt hat, die mich allerdings im höchsten Maße Wunder nehmen muß. Daß man mir aber, der ich seit jetzt 7 Jahren wegen meiner Bekämpfung der Bismarck'schen Politik unablässig verfolgt werde und ich beweise, daß die Summe der verschiedenen Strafregelungen, denen ich ausgesetzt war und bin, als da sind Ausweisungen, Prozesse aller Art, Verbote von Wätern, wiederholte Vernichtung meiner bürgerlichen Existenz, überhaupt von vielen Genossen, geschweige denn einem einzigen meiner jetzigen Ankläger erreicht werden, unterstellen konnte, ich wollte eine indirekte Empfehlung der Regierung einschmuggeln und mich als Ministerkandidat präsentieren (wie der Leiter der ganzen Debatte gegen mich wirklich sich ausdrücken beliebte), hätte doch diejenigen, die man gegen mich aufbrachte, stutzig machen sollen. Ich habe den Appell an die Menschlichkeit gebraucht und schäme mich dieser „Sentimentalität“, wie sie im Angriffe gegen mich genannt wird, keineswegs. Ich glaube, daß dies der höchste Maßstab ist, an dem schließlich das Verhalten des Einzelnen wie der Parteien zu messen ist, und bin überzeugt, daß es keinen verhängnisvollen Fehler für die Unterdrückten geben kann, als den, wenn sie ihrerseits — etwa nach dem Muster der Jenner oder der anarchistischen Dynamithelden — nur an die brutale Gewalt appelliren und nur die Nothfrage aufwerfen würden. Ich konstatire, daß die Sozialisten gerade von diesem Gesichtspunkte aus die soziale „Blut- und Eisen“-Politik mit Recht auf das Schärfste bekämpfen und die Menschenrechte, das Selbstbestimmungsrecht der Völker und die internationale Friedenspolitik vertreten haben. Auch hat noch bei der Verfassung des Arbeiterschutzgesetzes im Reichstage Wilmberg'scher Art nicht geküßelt, daß die Gegner durch Ablehnung unserer Vorschläge beweisen würden, daß sie kein Herz für die Arbeiter hätten. Diese Bemerkung hat doch auch nur den Sinn, das Gewissen der Leute mothuriren, die heute die Macht in Händen haben und trotzdem die für das Volk auf dem Wege der Gesetzgebung mögliche Hilfe hintanhalteten.

„Etwas Anderes ist freilich der terroristische Standpunkt, der ohne Weiteres Jedermann, der nicht den populären Forderungen zustimmt, für einen Böswilligen und Volkseind erklärt. An diesen Exzessen der demokratischen Denkwelt hat die große französische Revolution schwer laborirt und dadurch eine lange Reaktionsperiode heraufbeschworen. Ich für meine Person kam schon früh zu einer rein naturwissenschaftlichen Weltanschauung, schloß als Republikaner und sah beim späteren Studium der sozialen Frage die sozialistischen Konsequenzen. Trotzdem oder vielmehr grade weil ich zu meiner Parteistellung einen so soliden Grund gelegt, habe ich mich niemals für einen „Kulturkampf“ gegen die Klirkei begeistert können, war ich niemals in meinen Ansichten „Fortschrittlicher“, noch endlich habe ich an die Möglichkeit einer sprunghaften Entwicklung im dem Sinne geglaubt, daß wir uns heute in der kapitalistischen Gesellschaft zu Bette legen und morgen durch einen plötzlichen Zwischenfall im sozialen Staat wieder aufwachen könnten. Deshalb ersah ich mich auch keine Gleichheit, wenn ich das mir entgegenstehende Wort „Staatssozialismus“ höre. Ich will hier meinen Anklägern die Freude machen, einzugestehen, daß ich so viel wie möglich „Staatssozialismus“ herbeiwünsche! Freilich verstehe ich darunter nicht eine Sozialpolitik, die mit den Hauptkern der Armen Millionäre züchtet, wohl aber würde ich einen Staatssozialismus, der die Ausnahmegerichte bei Seite wirft, den Arbeitern volle Bewegungsfreiheit gewährt und die von uns vorgeschlagene Arbeiterschutzgesetzgebung aufnimmt, mit Freude, als die Brücke ansehen, auf welcher die heutige Gesellschaft sich hinüberretten könnte in eine neue Welt, ohne in einen gähnenden Abgrund zu gerathen.“ Und ich würde im Interesse der Menschlichkeit auf einen solchen Ausweg hinzuwirken suchen und trotzdem noch immer glauben, ein „guter Revolutionär“ zu sein.

Ich habe meine Ansichten nicht deshalb so ausführlich entwickelt, weil die vom Herrn genossene Anklage gegen mich vorliegt, sondern weil meine Wähler entscheiden sollen, ob ich nach wie vor noch ihre Anschauungen vertritt oder ob sie mich des mir gewordenen ehrenvollen Auftrags entziehen wollen. Entsteht der geringste Zweifel, ob die Wähler in Leipzig-Land mir noch ihr unbedingtes Vertrauen schenken, haltet ich mich für verpflichtet, mein Mandat niederzulegen.“  
München, den 25. August 1885. B. Bieder.

## Korrespondenzen.

Stuttgart, 10. Juli. (Wie es in einem fiskalischen Vergewerke zugeht.) Der Schein trägt. Wie sagte doch seinerzeit der Minister Camphausen? „Unsere Industrie könne nur gehoben werden durch längere Arbeitszeit und niedrigere Löhne.“ Schreiber dieses glaubte nun, weil man diesen Kampf, richtiger Knapp-hausen'schen Vorschlag hier in Stuttgart auf den fiskalischen Werken in die Praxis übertragen hatte, daß auch die Beamten, so z. B. Obersteiger Unger und Steiger Lindemann, mit inbegriffen sein werden; dem ist jedoch nicht so. Der Obersteiger Unger bekommt monatlich 240 Mark, freie Wohnung, oder besser gesagt Wohnung, nebst schönem Garten, auf dem letzteren Unger sehr großen Werth zu legen pflegt, denn er beschäftigt stets einen Mann im Garten, gegen einen Lohn von 2 Mark 20 Pf. pro Tag; ob das auch auf fiskalische Kosten geschieht, weiß ich nicht, und will es daher auch nicht behaupten. Im Großen und Ganzen ist Obersteiger Unger ein sehr strenger Herr, wenigstens den Arbeitern gegenüber. Einigen früheren Diensthältern gegenüber soll er dagegen sehr human gewesen sein. Das eine hatte einen Schatz, und mußte plötzlich heirathen, und ein anderes ward schwanger, man weiß nicht, von wem. Doch lassen wir das, und bleiben wir bei dem Thema, wie sich Unger gegen die Arbeiter betrug. Vor nicht langer Zeit war Schacht Khenbach noch ein Taubenschlag. Arbeiter gingen ab und neue kamen zu. So war auch Kamerad „Schnapsky“ mit mehreren Landstulpen (Tosen) zum erstenmal in den Schacht gefahren, als zur Pause Obersteiger Unger kommt und, wie es so Brauch ist (wenn ihm grade der Kopf danach steht), Glück auf! grüßt. Keine Antwort. Da war Polen offen: „Ihr Rindvieher! nicht Ihr nicht, was Ihr zu thun habt, wenn ich Euch grüße!“ Aber ach, armer Kamerad Schnapsky hatte in seinem Leben noch nicht gehört Glück auf! nur Rindvieh, Hornochse, Brummochse und ähnliche Liebenswürdigkeiten mehr. Uebrigens will Unger das Herzblut der Bergleute noch nicht haben, wie er sich ausgelassen hat, er ist vorläufig mit dem Menschenfisch zufrieden. Denn er sagt sich, je mehr Dienst, desto mehr Ehre beim Herrn Oberberggrath Pinno und Herrn Berggrath Schreiber. Letzterer ist auch zweiter Stadtverordneten-Vorsitzender.

Ein recht kluger Mann ist der Fahrsteiger B. Lindemann. Jeder Arbeiter ist bei ihm ein Faulkauer, nur er ist ein fleißiger Arbeiter. Morgens um 6 Uhr fährt er in den Schacht, wo seine erste Arbeit in — Frühstück machen und sich mit dem Kuffeher eine vom Festung von Anno 1870 und 71 Erzhäfen besteht, dann wird Schachte herumgelaufen, die Leute angeschaut, ab und zu einmal Stimmnotiz, und für diese Arbeit bekommt der Kerl monatlich 195 Mark freie Wohnung u. wie länger. Außerdem hat Lindemann noch ein Schachte Land, welches er sich von Arbeitern bebauen läßt, wofür er der Schacht bezahlt. Freilich, Lindemann ist eine gewichtige Person, wenn auch nicht an Kenntnissen, so doch an Körpergröße. Er hat immer so seine 240 bis 250 Pfund Gewicht — das kommt von dem vielen Essen. Furcht kennt dieser Wadere ganz und gar nicht, wenn z. B. zur Stadt geht, die vom Schacht Khenbach zehn Minuten entfernt ist, so hat er stets einen sechsfüßigen Revolver bei sich!

Von andern Fahrsteigern am Orte, die schon seit Längem hier wohnt, schätzt man den einen auf ein Vermögen von dreißigtausend Mark! Und alles gel-part, denn als der Bekreffe nach Stuttgart kam, war er so arm wie ein Kirchenmaus. Unsere Branten sind selbstverständlich alle recht königstreue Unterthanen, sie lieben den Kaiser wie sich selbst! Sozialdemokraten aber sind in ihren Augen Räuber und Mordbrenner!

Was leistet nun so ein Kuffeher für sein Geld? Zunächst vertritt er vor der Einsicht die Aste der Kammschaft, ob alles zur Stelle ist. Er nun beim Kuffeher seines Namens nicht mit „hier“ antwortet oder von einem Kameraden nicht abgesehen wird, gilt als Verpönd oder Fehlbender. „Kamms heute wieder nach Hause geh!“ ist die Antwort des Herrn Kuffeher, wenn sich der Kamerad „zu spät“ mißwährend die ganze Verpöndung vielleicht darin besteht, daß bereits vier oder drei Mann nach dem Betreffenden verlesen sind. Sehr oft ist schon vorgekommen, daß Kameraden wegen zu spät Kommen zwei, drei, sogar vier Schichten haben feiern müssen.

Nach dem Verlesen werden die Kammschaften vertheilt; es wird gesagt, wo sie wegzufüllen haben. In der Regel hat nun der Kuffeher Freunde und Feinde unter den Förderleuten; die Freunde sind solche, die „Der Kuffeher“ sagen, oder die dem Kuffeher fleißig Bier trinken. Ein Kuffeher hat nämlich eine Bierkeule, ein anderer eine Waarenhandlung, ein dritter hat sogar eine Weinhandlung, und bester seine Weine aus Frankfurt a. M. von einem gewissen Richter, ehemaligen Feldweibel. Ob der Wein gut ist, weiß ich nicht, ich habe noch keinen laufen können.

Daß unter diesen Verhältnissen die Freunde die beste Arbeit erhalten ist einleuchtend; die Behandlungsweise der Feinde aber sucht zu weichen. So ein Verfeindeter muß sich quälen, bis er zusammenbricht. Bei der Förderung verdient er nichts, da bekommt er die schlechtesten Füllörter, und im Schichtlohn wird er bis ans Blut getriekt, da stellt der Kuffeher neben ihn hin und treibt ihn fortwährend zum Schmutzen, (ich will ihn obenbrein Faulkauer und jetzt bei der geringsten Gelegenheit vom Obersteiger an, daß der Mann in der Schicht nichts geleistet habe. So geht es dann die ganze Schicht hindurch fort, das Schmutzen und Raufereien auf den Arbeiter nimmt kein Ende, und dafür bekommt er ein Kerl, der selbst absolut nichts leistet, doppelt so viel als der Feind einmal verdient. Ich kann mir gar keine erbärmlicheren Verhältnisse denken, als diese Sorte von Menschen, sie gleichen im wahren Sinne des Wortes Gefangenen. Jüngst ist es vorgekommen, daß ein Mann an der Last angeschrien ward mit einer Karst Strafe für ein Vergehen, das er Tag zuvor begangen sollte. Zur Freude „was alle und zum Spott für den Kuffeher, war der Mann gar nicht angeschrien, sondern lag krank zu Hause. Das eine Beispiel spricht für tausend.“

Am 21. Juni war im Schachte der Gewerkschaft Reu-Staffel hoher Besuch. Um 10 Uhr früh ging von Staffurt ein Extrazug mit 2000 nach dem Schachte ab, der Schacht ist dreißig Minuten von Staffurt entfernt. Wie war doch Alles so schön da unten eingerichtert! Röhre Tage konnte man sich in den Förderstrecken noch Hals und Beine brechen, war alles schön und sauber ausgefüllt. Dann war unten eine gute Expeditionsort errichtet, mit Tannenzweigen ausgefüllt und diesen Zweigen bedingt, von der ein mehrere hundert Meter langes Spalier von Säulen bis zum Haupttag führte. Dieser war ebenfalls mit Tannenzweigen und Lichtern ausgefüllt, Tafeln und Stühle waren aufgestellt, und an Bier hatte man vorläufig eine halbe Tonne heruntergeschafft, auch soll es nicht an dem nöthigen Champagner gefehlt haben, denn die Herren hatten sogar einen besonderen Keller für die Dessinen der Champagnerflaschen. Der weit und breit berühmte Konstantin soll ein Champagnererbe gehalten haben — nicht doch, die Rede über unsere schwere Arbeit. („Dieser Bande muß nichts bemerkt werden!“) Der Konstantin werden sich hoffentlich noch erinnern können.

Zuvor war den Bergleuten, die den Asten oder Lasten machen mußten, andersolken worden, je kein Bier oder Schnaps zu trinken, bis die Schicht vorbei sei. Und wer bezahlt die Fische? Zwei Millionen betrug der Ueberfluß vom vergangenen Jahre, und dieses Jahr muß es noch mehr sein! Wir Arbeiter laufen in acht Stunden vierzehnhundert Meter weit, und ebensolche Male mit leeren Wagen im Gewicht von fünf Zentner zurück; bis an den Knöchel geht man in Dred und Schlamme, sodann man nicht einmal die Schienen und die Dreiflatte vor lauter Dred sieht; hier ließen sich die für Bier und Champagner gespendeten Gelder besser verwenden!

Der rote Schnee. P. S. Noch theile ich mit, daß am 18. ds. einem „notorischen Sozialdemokraten“ die Arbeit gekündigt wurde. Sie sehen, wie gewissenlos die Bande Leib und Seele ihrer Arbeitsklaven in Anspruch nimmt.

## Briefkasten

der Expedition: Mai Nr. 5. — Hohenstein-Ernstthal: Hr. Hofmeister 50 Gls. Straßporto, da 2 Gr. über 15! — Raj: Hr. 26/8. erh. Marum letzte Eingänge nicht gemeldet. — J. B. St. Gall: Hr. 9 — Ab. 2. u. 3. Cu. erh. Weiteres nach Bescht. — V. B. Pank: Hr. 3 — Ab. 3. Cu. erh. — Passale: Hr. 20 — pr. alt. Cu. gutgeh. Bf. folgt. — Feuerländer: Hr. 50 — à Cto. pr. C. erh. Hüllg. folgt. Sulfat gelistet. — Catina: 40 Gls. für C. erh. — Brüssel: Hr. 5 — à Cto. Rd. pr. Ed. erh. — W. B. Baf.: Hr. 1 — Ab. pr. Sept. erh. — Spitzberg: Sdg. einget. u. nach Wunsch besorgt. — Gesamtamt im schief. Thale: Hr. 1250 pr. Ufsd. btd. erh. — Gracuna 3: Hr. 140 — in haat. x. erh. Gerga. gutgeh. Beil. besorgt. Bf. meist. — Sommerfeld: Hr. 10 — pr. Ufsd. btd. erh. — Fort R. 2: Hr. 150 — pr. Ufsd. btd. erh. — Buenos Aires: Hr. 100 — f. d. franz. Wählg. btd. erh. u. besorgt. C. besorgen nach Eing. d. Kuffeher. — Winterthur: Hr. 21 50 f. d. Reich. Metallarb. in Kopenhagen vom Dtsch. Arb.-A. btd. erh. u. abgel. — A. B. Sdg.: Hr. 3 — Ab. ab 1. Sept. bis 1. Dez. erh. — Vom roten Goldschmidt in Amerika: Hr. 3 — pr. Ufsd. btd. erh. — Von einem Stettiner: Hr. 1 — gef. in Sandhau. Potsdam pr. Ufsd. btd. erh. — Rothfah: Hr. 6 — Ab. 1. Sept. bis 1. März 86 erh. Kdr. notirt. — Freich auf Dg.: Hr. v. 31/8. erh. Kdr. georb. — Grütlinger. Thalweil: Hr. 3 — f. d. Kopenhag. Streich. btd. erh. desgl. v. Dtsch. Ber. Jährig: Hr. 25. — v. Schneiderfab. Verein: Hr. 10 — u. v. Dtsch. Arb.-Ber. Biel: Hr. 8 50. — Dr. 3. Bern: Hr. 6 — f. Sdt. pr. A. R. erh. — Torfkaffen: Hr. 18 — à Cto. Ab. x. erh. Abtrag, baldigst erwartet. — R. B. Dd.: Hr. 1 — f. Sdt. erh. — Dtsch. Ber. Jg.: Hr. 2 50 Ab. Rest 2. Cu. u. 1 20. Sept. erh. — J. J.: 40 Gls. f. 1. Kat. erh. — Hanfen: Hr. 10 — Ab. erh. — Dingermann: Hr. 1 60 Kb. 3. Cu. pr. Dm. erh. — J. D. Dtsch.: Hr. 10 — à Cto. Ab. erh. — S. Ruffe R. Jor: Hr. 50 f. 10 Dolk. — à Cto. u. Bf. v. 15/8. erh. Weiteres btl. — Gracina: Hr. v. 29/8. erh. Antwort. btl. — Roland II: Kois v. 31/8. eingetr. — Kother Franz: Bf. u. Kois v. 28/8. erh. Entschuldig der btl. Ueg. nicht zu haben. — Rothbart: Bf. x. v. 19/8. ant 25/8. beantw. Zug. sagtes erwartet. — Duldum: Wegen 5 Gr. schwerem Couvert 50 Gls. Straßporto. Roju? Kdr. georbnt. Beil. abgeg. — Ein Kother Kdr. pr. St. richtig gefüllt. — Rosa: Bf. v. 30/8. erh. Dultg. bei Kuffeher folgt, lobad Bld. Egg. medel. Weiteres pr. P. R. am 1/9. — K. R. Jörd.: Charakterverumpung u. Säuferswahn sind mildere Umstände für einen Major wie für einen Schurken. Alles für Duldum und Futterrog, heißt bei dem, warum also nicht so'n Blischen nach Blamage? —